

Öffentlicher Auftraggeber

Datum der Versendung: 16.03.2026

a) Land Berlin, vertreten durch die
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
Abt. Arbeit und berufliche Bildung
Oranienstraße 106
10969 Berlin

b) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle

Land Berlin, vertreten durch die
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
Abteilung Zentraler Service – Zentrale Vergabestelle
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung mit
Teilnahmewettbewerb
☐ Beschränkte Ausschreibung ohne
Teilnahmewettbewerb
☐ Verhandlungsvergabe mit
Teilnahmewettbewerb
☐ Verhandlungsvergabe ohne
Teilnahmewettbewerb

Ablauf der Angebotsfrist

Datum: 20.04.2026

Uhrzeit: 10:00 Uhr

Bindefrist endet am: 18.05.2026

c) Zuschlag erteilende Stelle☒ Wie Buchstabe a)**Empfänger**

An die Interessenten des Vergabeverfahrens

Vergabenummer 2026-II-01-ÖA	Maßnahmenummer ZVS-Arb-2026
Maßnahme Arbeitsrechtliche Information und Beratung für Geflüchtete aus der Ukraine	
Leistung/CPV 98000000-3, 85312300 2, 79140000-7	

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Vergabeverfahren gemäß Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie werden gebeten, für die oben angegebene Lieferung / Leistung ein Angebot in deutscher Sprache abzugeben.

Bitte verwenden Sie kein eigenes, sondern ausschließlich das in den Vergabeunterlagen bereitgestellte Angebotsschreiben (Formular Wirt-213). Änderungen oder Ergänzungen in den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen grundsätzlich zum Ausschluss eines Angebots.

Die Auftragsbekanntmachung wurde auf der Vergabepattform Berlin unter <https://www.berlin.de/vergabepattform> zu oben genannter Vergabenummer veröffentlicht.

Anlagen:**A) Folgende Unterlagen verbleiben beim Bieter und werden Vertragsbestandteil:**

- | | | |
|--------------------------|-----------|--|
| ☐ | Wirt-214 | Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue |
| ☐ | | 50_Vertrag |
| ☐ | Wirt-215 | Zusätzliche Vertragsbedingungen / Besondere Vertragsbedingungen |
| ☐ | Wirt-2142 | Besondere Vertragsbedingungen Schutzklausel bei Leistungen von Beratungs- und Schulungsunternehmen |
| ☐ | Wirt-2143 | Besondere Vertragsbedingungen Verhinderung von Benachteiligungen |
| ☐ | Wirt-2144 | Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen |
| ☐ | | 30_Leistungsbeschreibung |
| ☐ | | 70_Datenschutzerklärung SenASGIVA |
| ☐ | | 40_Bewertungsmatrix und 41_Bewertungsmatrix |
| ☐ | | 73_Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) |

B) Folgende Unterlagen sind - soweit erforderlich - ausgefüllt dem Angebot beizufügen:

- | | | |
|-------------------------------------|-------------|---|
| ☒ | Wirt-124 EU | Erklärungen zu Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen - EU oder
Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) |
| ☒ | Wirt-213 | Angebotsschreiben ohne Lose |
| ☒ | Wirt-2141 | Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderverordnung (FFV) |
| ☒ | Wirt-235 | Unteraufträge, Eignungsleihe |
| ☒ | Wirt-236 | Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer |
| ☒ | Wirt-238 | Erklärung der Bieter-/Bewerbergemeinschaft |
| ☒ | Wirt-3293 | Angaben zur Abfrage des Wettbewerbsregisters |
| ☒ | | Finanzierungsplan (Punkt 13. der Leistungsbeschreibung) |
| ☒ | | Planungskonzept (Punkt 13. der Leistungsbeschreibung) |

- ☒ Nachweis einer bestehenden, des Berufsfeldes entsprechenden Haftpflichtversicherung oder unwiderrufliche Erklärung eines Versicherungsunternehmers, die den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall zusichert und – sofern gefordert – mit einer Versicherungssumme von: 100.000,00 EUR. (Punkt 12 Leistungsbeschreibung)
- ☒ Anlage Nr. 8_Formblatt_P_Referenzprojekt
- ☒ Anlage Nr. 9_Formblatt_Unternehmensreferenz
- ☒ Anlage Nr. 7_Formblatt_Persönliches_Profil
- ☒ 72_Datenschutzrechtliche Einwilligung des Personals
- ☒ 71_Eigenerklärung_DS und Vertraulichkeit

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben

- ☐ im Namen
☒ im Namen und für Rechnung

Land Berlin, vertreten durch die
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
Abteilung II
Oranienstraße 106
10969 Berlin

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich in Textform, über die Vergabeplattform.

Bieterfragen oder Bieterinformationen im Rahmen der Angebotserstellung sind bitte unverzüglich in oben genannter Form an die Vergabestelle zu übermitteln. Fragen insgesamt können bis zum 13.04.2026, 10:00 Uhr gestellt werden. Eine Beantwortung der Fragen erfolgt in jedem Fall, wenn der Inhalt der entsprechenden Frage Anlass gibt, zwingende Änderungen in den Vergabeunterlagen vorzunehmen. Sollte ein solcher Fall die Verlängerung der Angebotsfrist erforderlich machen, wird diese in angemessenem Verhältnis zur Bedeutung der Frage verlängert. Fragen, die keinen vergaberechtlich begründeten Handlungsbedarf bzgl. der Vergabeunterlagen nach sich ziehen, werden nur beantwortet, soweit es für die Vergabestelle möglich ist, eine Bearbeitung und Beantwortung, sowie Veröffentlichung für die Bieter innerhalb der o. g. Bieterfragfrist zu realisieren, da eine Verlängerung der Angebotsfrist hier nicht in Betracht kommt. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

3 Nachweise, Angaben und Unterlagen

3.1 Folgende Nachweise / Angaben / Unterlagen (einschließlich Modelle, Muster und Proben) sind mit dem Angebot einzureichen:

3.2 Folgende Nachweise / Angaben / Unterlagen (einschließlich Modelle, Muster und Proben) sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:**3.3 Erklärungen und Nachweise zur Eignung sowie des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen**

Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert der öffentliche Auftraggeber die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung.

Der öffentliche Auftraggeber kann bei Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen beizubringen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

Bieter müssen keine entsprechenden Unterlagen beibringen, sofern und soweit die zuschlagerteilende Stelle die Unterlagen über eine für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreie Datenbank innerhalb der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen eines Präqualifikationssystems, erhalten kann oder bereits im Besitz der Unterlagen ist. Ein solches Präqualifikationssystem ist das Amtliche Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge des Landes Berlin (ULV). Hier ist im Angebot lediglich die ULV-Nummer anzugeben. Mit der Aufnahme im ULV gelten die auftragsunabhängigen Einzelnachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit im Grundsatz als erbracht. Die Eintragung bei einer Auftragsberatungsstelle ersetzt nicht die Eintragung im ULV.

Soweit eintragungs-, anzeige- oder erlaubnispflichtige Tätigkeiten Gegenstand der Leistung sind, kann der Auftraggeber zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens entsprechende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung verlangen.

Kann ein Bieter aus einem berechtigten Grund die geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung oder seine wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber als geeignet angesehener Unterlagen belegen.

Der Auftraggeber kann verlangen, dass die vorzulegenden Unterlagen vom Bieter zu erläutern sind, insbesondere zur Eignung sowie über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen (siehe auch Formular Wirt-124 UVgO).

4 Zusatz für Bietergemeinschaften:

Bieter- haben mit ihrem Angebot zu erklären, dass im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird (Wirt-238). Die Erklärung ist von allen Mitgliedern abzugeben. Dabei ist der für die Abgabe und den Empfang von Erklärungen im Vergabeverfahren sowie die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter zu bezeichnen.

5 Losweise Vergabe:

☒ nein

6 Nebenangebote

- 6.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7 Unterauftragsvergabe

☒ Unterauftragsvergabe ist zugelassen. Sollen Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte vergeben werden, sind diese Teile mit dem Angebot im Formular Wirt-235 (Unteraufträge/ Eignungsleihe) zu benennen. Soweit zumutbar, sind die Unterauftragnehmer bereits bei Angebotsabgabe zu benennen.

Weitergehende Hinweise zur Unterauftragsvergabe finden Sie hier:
<https://www.berlin.de/vergabeservice/vergabeleitfaden/hinweise-fuer-bieter/artikel.1259454.php>

8 Zusatz für ausländische Bieter:

Das Angebot einschließlich der Anlagen sowie jeglicher Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen.

☐ Zugelassen ist auch die folgende Sprache:

Für die Ausführung der Leistung muss der Betrieb des Auftragnehmers, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, bei der deutschen für die Arbeiten zuständigen Berufsgenossenschaft angemeldet sein, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Ist der Auftragnehmer aufgrund internationaler Vereinbarungen von dieser Verpflichtung befreit, so hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.

Erklärungen und Nachweise sind grundsätzlich in deutscher Sprache bzw. Übersetzung vorzulegen.

Bieter mit Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben ein Preisangebot ohne Umsatzsteuer ab. In diesem Fall übernimmt der Auftraggeber die Umsatzsteuerschuld des Auftragnehmers in seiner Umsatzsteuervoranmeldung bzw. Umsatzsteuererklärung (sogenannter „reverse charge“). Soweit in den Angebotsunterlagen die Angabe der Umsatzsteuer verlangt wird, ist der Betrag „0%“ einzufügen.

9 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote:

☒ Preis 30%

☒ Qualität 70%

Siehe 40_Bewertungsmatrix_Einzel

10 Angebotsabgabe

Angebote können ausschließlich abgegeben werden: elektronisch in Textform über die Vergabeplattform Berlin.

11 Entscheidung über nicht berücksichtigte Angebote

Der Auftraggeber unterrichtet jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagerteilung. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens einschließlich der Gründe

hierfür. Der Auftraggeber unterrichtet auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters, und die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe ihrer Nichtberücksichtigung.

12 Ökologische und soziale Anforderungen

☐ Es bestehen gesonderte Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG); siehe Vergabeunterlagen.

14 Vergabebekanntmachung

Die Ergebnisse Beschränkter Ausschreibungen oder Verhandlungsvergaben (jeweils ohne Teilnahmewettbewerb) ab einem Auftragswert von 25.000 € ohne Umsatzsteuer werden für die Dauer von drei Monaten auf <http://www.vergabeplattform.berlin.de> veröffentlicht.